

Jetzt sind wir dran!
Für einen echten Aufbruch in Mecklenburg-Vorpommern
Wahlprogramm der Freiparlamentarischen Allianz (FPA) zur Landtagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern

Inhalt

Warum die FPA?	2
Wir sind dran, weil ein Umdenken in der Bildungspolitik geschehen muss!	2
Es ist Zeit für eine echte Bildungspolitik nach dem Corona-Versagen!	3
Mehr Studierendenbeteiligung statt lähmender Bürokratie!	4
Wir sind dran, weil die Demokratie ein Update benötigt!	5
Wir sind dran, weil Demokratie nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land wichtig ist!	6
Wir sind dran, weil die junge Generation echte Mitsprache verdient!	8
Wir sind dran, weil es Zeit für eine dunkelgrüne Politik statt nur Symbolen und Gesten ist!	9
Dunkelgrüne Klimapolitik	9
Dunkelgrüne Wirtschaftspolitik	10
Darum die FPA!	12

Vorbemerkung: Das Wahlprogramm wurde auf dem 6. Landesparteitag am 18. Juli 2021 beschlossen. Zuvor wurde der Grundentwurf auf dem 5. Landesparteitag am 24. April 2021, der zugleich die Aufstellungsversammlung unserer Kandidat:innen war, beschlossen. Als weitere Meilensteine für die Entstehung des Wahlprogramms dienten der 3. Landesparteitag vom 21. März 2020 sowie die Kandidat:innenrunden vom 30. Mai 2020, vom 20. Juni 2020 und vom 16. Oktober 2020, der 4. Landesparteitag vom 19. September 2020, der 1. Außerordentliche Landesparteitag vom 19. Dezember 2020 und die 5. Kandidat:innenrunde vom 18. Februar 2021.

Warum die FPA?

Warum nehmen wir das alles so hin?

Die jungen Menschen werden politisch viel zu wenig gehört: Sie setzen sich für ihre Anliegen ein und werden regelmäßig von der Politik enttäuscht: Der Klimaschutz wird ausgesessen, Digitalisierung ist hier irgendetwas mit Computern und mehr Beteiligung ist, wenn überhaupt, nur symbolisch möglich. Die Politik ist zu weit weg und erfasst die gesellschaftlichen Stimmungen nicht mehr.

Zuerst stirbt die Demokratie auf dem Land, weit weg von den Machtzentrale. Es gibt immer weniger Ortsvereine der großen Parteien in ländlichen Regionen, die Unternehmen wandern ab, die Infrastruktur wird nicht saniert. Kurzum: Den Menschen wird mit allen Mitteln gezeigt, dass sie nicht so wichtig sind für die Demokratie. Wenn wir das nicht ändern, wird die AfD hier bald 35% oder noch mehr bekommen, weil die Demokratie nicht mehr als Zukunftsperspektive wahrgenommen wird.

Die Systemfehler werden immer deutlicher: Die **Korruption nimmt zu**, die Abgeordnetendiäten werden immer höher und wir finden einfach keine Lösungen mehr auf die entscheidenden Fragen. Das **politische System ist übersättigt** und versinkt in sich selbst, es koppelt sich vom restlichen Leben ab. Glaubt wirklich irgendjemand, dass mit diesen Personen und Parteien eine Reform möglich ist? Diese Seite der Politik steht für: Stagnation, langweilige Pressestatements mit dem immer gleichen Baukasten, die Keine:r versteht und überholte Strukturen. Die Folgen: Der Stillstand frisst sich immer weiter durch die Politik und nach der Landtagswahl werden diese Personen wieder für fünf Jahre in Schwerin abtauchen.

Ihr als Wähler:innen habt es verdient, dass euch die Politiker:innen in Schwerin und Berlin wertschätzen und die Herausforderungen annehmen! Gebt uns eure Stimme und helft uns, gemeinsam das Land zu gestalten. Ihr könnt euch für die **FPA-Generation** entscheiden – wir haben **nicht so viel Geld, aber Energie**. Wir kennen nicht alle Vorstandsmitglieder aus den großen Unternehmen, aber wir kennen euch. Und wir sind vor Ort, versprochen.

Wir sind die **Freiparlamentarische Allianz (FPA)**, eine von jungen Menschen im Juni 2018 in Greifswald gegründete Partei. Wir sind eine Partei mit komplett neuen Maßstäben – direkte Beteiligung, Losverfahren für einzelne Ämter, mit einem Talentkomitee als Gremium, mit Amtszeitbegrenzungen – die viel bürgernäher, offener, unbürokratischer und projektorientierter organisiert ist als die großen Parteien.

Unser Name umfasst zwei Kernbotschaften: Freiparlamentarisch – Politik muss vielmehr außerhalb der Parlamente stattfinden, bei euch zu Hause und mit eurer Hilfe und euren Ideen. Allianz – eine Zusammenarbeit zwischen den Generationen ist notwendig, um unsere Ideen umsetzen zu können. Seit unserem Gründungstag arbeiten wir komplett ehrenamtlich und neben Studium und Jobs am Aufbau der FPA. Im Mai 2019 konnten wir die ersten kommunalpolitischen Erfolge erzielen; nun sollte mit dem Einzug in den Landtag Mecklenburg-Vorpommern am 26. September 2021 der nächste Schritt folgen, um eine neue Politik zu gestalten.

Wir sind größtenteils junge Menschen, welche aktiv das Gespräch mit älteren Generationen sucht, um auf ihren Erfahrungen aufbauen zu können und eine gemeinsame Zukunft zu gestalten. Miteinander statt übereinander reden.

Unser Durchschnittsalter beträgt 28 Jahre, die Bundesregierung ist im Durchschnitt 53 Jahre alt. Und, läuft alles gut? Wir haben einen **zukunftsorientierten Blick auf Politik, ohne Ideologien und Eitelkeiten**. Wir sind offen für alle interessierten Menschen unabhängig von deren Alter (alles < unendlich). Uns sind Ämter nicht wichtig, sondern, dass sich die besten Ideen durchsetzen. Wir werden Versöhnen statt spalten. Deshalb kann es nur eine Botschaft geben: **Wir sind dran!**

Wir sind dran, weil ein Umdenken in der Bildungspolitik geschehen muss!

Kinder sind unsere Zukunft. Dieser Satz und die Wichtigkeit dieser Tatsache werden immer wieder betont, wer kennt das nicht?

Allerdings tun wir als Gesellschaft viel zu wenig dafür, dass sich die Kinder auch mit den besten Voraussetzungen ihre eigene Zukunft aufbauen können: Besonders spürbar wird dieser Widerspruch an unserem Bildungssystem, wobei das Wort „System“ für geordnete Strukturen stehen würde.

Wir nehmen die **Bildungspolitik** der letzten Monate und Jahre eher als **chaotisch** war – das Geld fehlt an allen Ecken und Enden, die Digitalisierung ist eingeschlafen und der Wecker ist weg, hinzu kommt noch die nervende Kurzsichtigkeit der Politiker:innen.

Die Coronakrise verschlimmerte unseren Rückstand in der Bildungspolitik noch einmal enorm: Auf das **Homeschooling** waren die staatlichen Behörden ganz und gar nicht vorbereitet (die Steinzeit lässt grüßen) + die **Universitäten und** größtenteils auch die **Hochschulen** sind **seit März 2020 seit über einem Jahr geschlossen** und niemanden interessiert es so wirklich + dann ist da noch diese stetige Ungewissheit für die Zukunft, da die Regierenden keine langfristige Strategie erarbeiten konnten.

Das alles ist eine **soziale Katastrophe**, ein Jahr lang zu Hause sitzen kann an keiner Person einfach vorbeigehen. Der Frust bei immer mehr jungen Menschen wird größer. Dabei wollen wir keine Sonderrechte, sondern einfach nur ernstgenommen werden.

Zahlreiche Studierende mussten zurück zu ihren Eltern ziehen, da durch das Stillliegen der Gastronomie und der Clubszene die Nebenjobs stark eingeschränkt wurden – die Einnahmen fielen weg, da blieb nur der Weg ins Elternhaus.

Es ist Zeit für eine echte Bildungspolitik nach dem Corona-Versagen!

Wir müssen jetzt handeln, wenn wir uns nicht die Zukunft verspielen wollen – ohne gutes Bildungssystem kein innovatives Wirtschaftssystem und keine stabile Demokratie.

Die ersten Schritte sind klar: **Weg von der elenden Überbürokratisierung** hin zu schnellen Entscheidungen und mehr Realitätsnähe in den Schulen - sodass die Schule nicht nur das notwendige Übel ist, um später so schnell wie möglich zu studieren oder eine Ausbildung zu machen, sondern, dass die Schule eine grundlegende Orientierung für das spätere Leben gibt.

Wir brauchen eine viel größere Offenheit für Modellversuche, hierbei können wir vor allem skandinavische Schulansätze als Leitgröße nehmen. Die **Einführung eines Schulfachs „Medienkompetenz“** wird immer dringlicher, in dem über die Formen des Populismus, Extremismus, Hasses und der Hetze in den sozialen Netzwerken aufgeklärt und mit den Schüler:innen der richtige Umgang mit diesen Problemen sowie der Unterscheidung zwischen Wahrheit und Fake-News im Internet diskutiert wird.

Insgesamt müssen wir einen Schritt weitergehen und die zukünftige **Unterrichtsorganisation viel mehr in Projekten statt in Fächern** denken und ausrichten. Es macht viel mehr Sinn, das Thema Menschen gemachter Klimawandel im Unterricht aufzugreifen und hierzu stückweise die physikalischen, chemischen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte zu erörtern anstatt jeden Schulfaches getrennt voneinander zu behandeln. Dadurch entsteht ein viel stärkeres Verständnis für die Zusammenhänge in unserer Welt.

Gleichzeitig muss der **Unterricht an Schulen viel praxisorientierter** werden. Vor allem in der Sekundarstufe II sollte der Fokus auch auf die Berufsausbildung gehen. Es darf keine Überbetonung des Studiums geben, denn Ausbildungsberufe sind genauso wichtig und sterben leider immer mehr aus.

Das nächste Problem: Die Schulzeiten. Sämtliche Studien weisen darauf hin, dass die meisten Schüler:innen vom biologischen Rhythmus dem Eulentypen angehören, also lieber abends später schlafen gehen und dafür morgens etwas länger schlafen. Hiermit

kollidiert der Schulbeginn, meist um 7.30 Uhr oder noch früher. Die jungen Menschen kommen übermüdet zur Schule, sind unkonzentriert und erfassen die Inhalte deshalb viel weniger.

Also: Die **Schule darf frühestens um 8.30 Uhr losgehen**, um eine bessere Vereinbarkeit des Schulalltages mit der Tagesgestaltung der Schüler:innen herzustellen. Einen wichtigen Faktor hierbei spielt der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), denn gerade in dörflichen Regionen muss der ÖPNV viel enger getaktet werden. Die jungen Menschen, die auf diese Verkehrsmittel angewiesen sind, haben aufgrund dessen deutlich weniger Freizeit, da sie morgens viel früher aufstehen müssen und nachmittags deutlich später zu Hause ankommen.

Dass auch bei der dazugehörigen Infrastruktur wenig Geld vorhanden ist, zeigt, wie wenig Wertschätzung die aktuelle Politik für die Bildung aufbringt. Zwei konkrete Punkte hierzu: (1) Wir setzen uns für die **Einführung eines kostenlosen ÖPNV** ein, beginnend bei Kindern, Studierenden und Rentner:innen - anschließend für die weiteren Bevölkerungsgruppen – um und zeitgleich umweltschonend unterwegs zu sein. (2) Wir müssen **viel mehr Geld in die Lehrer:innensuche und -förderung** stecken, allein bis zum Jahr 2026 braucht Mecklenburg-Vorpommern 4.000 neue Lehrer:innen!

Mehr Studierendenbeteiligung statt lähmender Bürokratie!

Eine Reformierung der Universitäts- und Hochschulpolitik steht schon lange aus, die Verträge reichen, aber nicht mehr.

Das **Engagement in** den Allgemeinen Studierendenausschüssen (**ASStA**) an den Universitäten und Hochschulen **muss gestärkt werden**, bei einer solchen Tätigkeit sind die Anpassung der Regelstudienzeit, ein Freisemester und angepasste Aufwandsentschädigungen sinnvoll. Somit gelingt eine Attraktivitätssteigerung der ASStA, die als Studierendenvertretungen wichtig für die Bündelung der Interessen junger Menschen sind, gegenwärtig aber oft nur als Mehraufwand oder Belastung wahrgenommen werden.

Weiter gehts mit den Reformen: Das **Promotionsrecht muss auch an Hochschulen eingeführt werden**. Für die Entwicklung der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern ist dieser Schritt notwendig, ansonsten ist hier kein struktureller Unterbau vorhanden, denn die Dozenten:innen an den Hochschulen können bisher keine Doktoranden:innen einstellen, sondern nur studentische Hilfskräfte.

Mehr Freiheiten fürs Studierendenleben sollen nicht zu chaotischen Szenen führen, sondern geben Raum für kulturelle Vielfalt. Bisher dürfen die Fachschaftsräte der Universitäten und Hochschulen nur bis zu einer bestimmten Uhrzeit eigene Kulturveranstaltungen ausrichten, deshalb muss eine Weiterentwicklung der Freizeitrichtlinie des Bundeslandes stattfinden, um die studentische Kultur zu fördern und aufrechtzuerhalten (gerade in den Nach-Corona-Zeiten ist hier Aufbauarbeit zu leisten).

Weitere Erneuerungsschritte sind auch beim Akkreditierungssystem an Universitäten und Hochschulen notwendig: Seltene Studiengänge finden häufig keine(n) Akkreditiere:r, hinzukommend handelt die Akkreditierungskommissionen häufig intransparent, da zu viel Eigenspielraum für die Kommissionsmitglieder besteht. Es wird Zeit für ein Aufsichtssystem mit klaren Kriterien und viel mehr Transparenz.

Wir wollen Ärztemangel im Land bekämpfen, in dem

wir Studieninhalte darauf anpassen, Existenzaufbau für angehende Mediziner:innen als Zusatzangebot zu lehren, um Praxen aufzubauen.

- *Nehmen wir Bildungspolitik endlich ernst!*

Die Bildungspolitik ist kein Randthema, sondern die Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Die Schönrederei mancher Politiker:innen ist eher eine Einbildungspolitik, so verspielen wir uns alles. Junge Menschen haben durch Corona hart zu kämpfen, geben wir ihnen gemeinsam eine **Chance auf echte Zukunftsperspektiven!**

Wir sind dran, weil die Demokratie ein Update benötigt!

70 Jahre lang hat die Demokratie gut funktioniert, die Parteien waren irgendwie da und haben alles geregelt, viel Rücksprache aus der Bevölkerung war nicht notwendig. Zukünftig wird das nicht mehr funktionieren, durch Brexit, Trump & Co. haben wir die Schwächen der Demokratie zu spüren bekommen, deshalb müssen wir sie neu denken und neu ausrichten, ansonsten haben wir bald ein starres politisches System ohne Zukunftsperspektive. Das geht nur über mehr Transparenz, mehr Bürger:innennähe und starken Ideen.

Ähnlich wie in der Bildungspolitik helfen auch hier Modellversuche: In den Parlamenten bilden stets Juristen:innen und Lehrer:innen die mit Abstand am häufigsten Berufsgruppen, das muss sich ändern. Wir machen uns stark für die **Einführung des Losverfahrens als politisches Prinzip**, um die Demokratie zu beleben.

In der Testphase sollen **ein Zehntel der Mitglieder des Landtages und der Mitglieder der Kreistage per Los bestimmt**, um die parlamentarische Ebene vielfältiger zu gestalten und vor zu leichten Korruptionsmechanismen zu schützen.

Dadurch erhalten Bürger:innen die Chance, für eine Legislaturperiode Politik mitzugestalten und können den direkten Einblick aus ihrem täglichen Leben in die politischen Entscheidungsprozesse einfließen lassen. Mit diesem Weg kommen wir **raus aus der Blasenbildung und rein in neue Räume der Kommunikation**, sodass die Menschen das Verbindende und nicht das Trennende in den Vordergrund stellen.

Damit verbunden muss auch eine **Amtszeitbegrenzung auf maximal zwei Legislaturperioden** für Ministerpräsidenten:innen, Minister:innen, Staatssekretäre:innen und Landtagsabgeordnete eingeführt werden. Die politischen und staatlichen Strukturen laufen sich ansonsten fest und können nicht mehr von innen erneuert werden, so aber schaffen wir eine Garantie für **regelmäßigen Wandel – dem Kernelement der Demokratie** – und schützen uns zeitgleich vor zu ausgeprägten Lobbyismus.

Als Rahmen für die Amtszeitgestaltung wollen wir auch neue Maßstäbe einführen: Das monatliche Einkommen von Politiker:innen soll nicht einfach feststehen und wie selbstverständlich hingenommen und ausgezahlt werden. Oft denken Politiker:innen einfach nur bis zur nächsten Wahl und scheuen sich vor langfristigen Projekten, da der kurzfristige Erfolg nicht unbedingt immer vorhanden ist.

Deshalb soll das **Gehalt von Politiker:innen zukünftig von einem Wissenschaftsrat festgelegt** werden. Dieser Wissenschaftsrat besteht aus Experten:innen, die Kennzahlen wie zur Zufriedenheit der Bürger:innen mit der Demokratie, zum Maß an Umweltschutz und zum Wirtschaftswachstum analysieren und hieraus die Abgeordnetendiät festlegen. Wenn Politiker:innen schlechte Arbeit leisten, dann müssen sie auch schlechter bezahlt werden.

Hierauf wiederum basiert die Einführung der **Direktwahl der oder des Ministerpräsidenten:in**. Die Politik wird in der heutigen Zeit immer mehr personifiziert, auf diese Tendenzen müssen wir eingehen und dürfen sie nicht ignorieren. Für immer mehr Menschen ist die Person entscheidender, da sie die Inhalte repräsentiert, und nicht die Idee an sich.

Wenn wir verhindern wollen, dass die Wahlbeteiligung weiter sinkt und sich immer mehr Menschen desinteressiert von der Politik abwenden, dann sollten wir stückweise einige Direktwahlen der Personen einführen, um mit diesem Mittel wieder mehr Menschen für die Demokratie und den politischen Austausch zu begeistern.

Insgesamt betrachtet muss die Politik offener werden, eine **stärkere Förderung von parteilosen und unabhängigen Kandidaten:innen** ist hierbei mit inbegriffen. Die Politik darf nicht als ein isolierter Raum wirken, der nach ganz eigenen Regeln funktioniert, sondern muss fest im Leben der Menschen verankert sein.

Beim nächsten Punkt wundert es uns, dass wir ihn überhaupt erwähnen und er nicht schon längst Realität ist: Die **Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre**. Hierzu gab es in den letzten Jahren auf Landesebene einige Querelen. Komisch, dass eine SPD-CDU-Landesregierung fürchtet, dass nun auch 16- und 17-Jährige wählen dürften, denn in diesen Altersgruppen würden die beiden großen Parteien deutlich schlechter abschneiden. Kann auch ein Zufall sein, glauben wir aber nicht.

Während all unserer Aktivitäten sind uns **Transparenz und Ehrlichkeit** besonders wichtig, Maßnahmen wie die Einführung eines **strengen Lobbyregisters** sollten eigentlich längst Realität sein.

Mit diesem klaren Wertekompass wollen wir, gemeinsam mit euch, ein Update für die Demokratie gestalten. Hierbei muss die Digitalisierung einen höheren Stellenwert bekommen, um Mecklenburg-Vorpommern besser für die Zukunft aufzustellen.

Der **Breitbandausbau** in allen Regionen des Bundeslandes muss **intensiver gefördert**, freies WLAN auf Marktplätzen soll eingerichtet, der **Ausbau der digitalen Verwaltung** muss forciert und eine bessere Internetarbeit an Schulen muss vorangetrieben werden.

Die Demokratie kann auch modern, greifbar und voller Freude sein – wir müssen es nur wollen. Mit dem Demokratie-Update eröffnen wir uns ganz neue Möglichkeiten, um eine bessere Zukunft zu gestalten, die auf ganz neuen Ansätzen beruht.

Wir sind dran, weil Demokratie nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land wichtig ist!

Politik ist häufig nicht mehr als Zahlen. Das kalte, rationale und berechnende Element treibt die großen Parteien in Wahlkampfzeiten in die größeren Städte, die Gedanken dahinter sind sehr einfach: Dort sind mehr Wähler:innen zu Hause, also bessere Chancen auf gute Wahlergebnisse – warum also aufs Dorf tingeln, um sich anbrüllen zu lassen und das auch noch in einer kleinen Versammlung in einer Kneipe, bei der fünf Personen anwesend sind, wovon drei sowieso nicht wählen gehen?

Wir machen da nicht mit. Diese Machtspiele und Taktierereien sind nicht für uns, uns sind die Menschen in ländlichen Regionen genauso wichtig. **Wir leben nicht in einer Schönwetterdemokratie**, sondern in einer Demokratie, die genauso Zukunftsantworten auf die wichtigen Fragen auf dem Land finden muss, genauso wie in der Stadt.

Leider wird jedoch den Menschen auf dem Land mit allen möglichen Mitteln signalisiert, dass sie nicht so wichtig sind für die Demokratie: Die Ortsvereine der Parteien ziehen sich zurück, die Infrastruktur wird nicht saniert und neue Unternehmen siedeln sich schon gar nicht an. Die Demokratie zerbricht in diesen Regionen zuerst. Leichter kann man es populistischen und extremistischen Kräften nicht machen, sie nutzen die daraus entstehende Frustration und Wut aus, um die Gesellschaft zu spalten.

Es geht aber auch anders. Bei unserer „#FPAhörtzu-Tour“ wollen wir uns vor Ort anhören, was die Probleme im Land sind und wie sich die einzelnen Städte und Gemeinden in den nächsten fünf Jahren entwickeln wollen. Hierbei wollen wir **Station in allen 36 Wahlkreisen** machen, insbesondere wollen wir in dünn besiedelten Regionen Mecklenburg-Vorpommerns zuhören, wo der Schuh gerade am stärksten drückt.

Aus dieser Ideensammlung soll ein **großes Konzept zur Erhaltung des Dorflebens** gestaltet werden, den wir mit den Vereinen, Organisationen und Menschen vor Ort ausarbeiten – egal, in welcher Partei man tätig ist, es geht um die Region. Gute Ideen reichen aber noch nicht. Daraus soll nach unserem Einzug in den Landtag ein **Strukturfonds für ländliche Regionen** werden, den wir als Antrag in den Ausschüssen und im Plenum des Schweriner Landtages einbringen werden.

Wir freuen uns auf die Dialogformate, die wir geplant haben, um mit den Menschen in einen direkten Austausch zu treten. Nach September ist aber nicht Schluss damit.

Nach der Zeit des Wahlkampfes werden diese Formate fortgesetzt, um wieder einen dauerhaften und konstruktiven Austausch zwischen der Bevölkerung und der Politik aufzubauen.

Das **Konzept zur Erhaltung des Dorflebens** bildet den übergeordneten Rahmen, zusätzlich haben wir noch weitere Ansätze, wie wir in diesen Regionen neuen Schwung entfalten können. Einige Maßnahmen wären die Einführung einer **Ansiedlungsprämie für Landärzte:innen** und die **Erhöhung der Gelder für die Kommunen** (beispielsweise, um (mehr) Dorffeste ausrichten zu können und die Kultur auf dem Land aufrechtzuerhalten).

Beim späteren Abschnitt zur Umweltpolitik werden wir darauf noch konkreter eingehen, aber schon einmal vorab: Die Einführung eines kostenlosen ÖPNV bildet einen wichtigen Meilenstein, um die Nachhaltigkeit in diese Übergangsprozesse einfließen zu lassen. Die Infrastruktur vor Ort muss vorhanden sein und neu aufgebaut werden, sodass die Gebiete als attraktive Regionen wahrgenommen werden, die für viele Menschen eine neue Heimat bedeuten kann.

Wir scheuen uns nicht davor, auch mal etwas zu riskieren. Deutschland braucht viel mehr Modellversuche, muss sich etwas trauen, um voranzukommen. Nur mit Mut können wir Fortschritt entstehen lassen, diese Zuversicht nehmen wir mit unserer ganzen Kraft zusammen und wagen etwas nie Dagewesenes: Eine **Modellregion für das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) im Lassaner Winkel!**

Der Lassaner Winkel ist eine der strukturschwächsten Regionen in Mecklenburg-Vorpommern, wenn auch kein eigener Landkreis. Hier soll die politische, wirtschaftliche und kulturelle Lage mit ganz neuem Leben gefüllt werden. Vermutlich werden wir hier auch auf den größten Widerstand für das BGE stoßen, da ist Einiges an Überzeugungsarbeit notwendig. Zu diesem Punkt wird am 16.08.2021 ein umfangreiches Positionspapier veröffentlicht.

Genau das ist der Punkt: **Nichts passiert ohne die Bürger:innen**. Wir wollen den Wahlkampf nicht nutzen, um billige Phrasen oder leere Floskeln rauszuhauen, sondern um ernsthaft mit den Menschen über ihre Zukunft und die unseres Bundeslandes zu diskutieren.

Deshalb nehmen wir uns doch einfach die Zeit in den Monaten vor dem 26. September 2021 und denken komplett neu: Ist ein bedingungsloses Grundeinkommen im Lassaner Winkel möglich?

Wir werden es diskutieren. Zuvor haben wir uns bereits zahlreiche Gedanken hierzu gemacht und wollen einige Ansätze in die Diskussion einbringen: Wenn das **BGE** tatsächlich in dieser Modellregion eingeführt werden sollte, dann wird es **zu mindestens 80% in einer Lokalwährung ausgezahlt**.

Der Grund: So sollen regionale Wirtschaftskreisläufe entstehen, um die heimische Wirtschaft anzukurbeln und der Region neue Hoffnung zu geben. Die Regionalwährung kann nämlich nur innerhalb des Lassaner Winkels ausgegeben werden und auch nicht länger als ein Jahr zu Hause oder auf dem Konto liegen.

So ein Konjunkturprogramm hat Mecklenburg-Vorpommern noch nicht gesehen. Die Wirkkraft dieses Experiments würde aber weit über unsere Küste hinausgehen: Ganz Deutschland könnte von uns lernen, wie wir in die Jahre gekommene Strukturen auf dem Land

wieder in die Gänge bringen. Der Lassaner Winkel steht sinnbildlich für all die vergessenen Regionen in Mecklenburg-Vorpommern und ganz Deutschland: Die Mehrheit der Menschen hier fühlt sich nicht mehr von den Politiker:innen vertreten, es fehlt an Wertschätzung und Vertrauen.

Die Folgeeffekte an der BGE-Modellregion wären das Schönste am ganzen Projekt: Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden mehr Menschen durch das bedingungslose Grundeinkommen in ihrer Heimat bleiben, obwohl der Job in der Stadt mehr Geld einbringen würde, nun aber sind sie auch in ihrer Heimat, in der sie sich wohler fühlen, abgesichert.

Wenn wir in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns einziehen, setzen wir uns für die **Einrichtung eines Kommunalrates** ein, um den Dialog zwischen den Gemeinden und der Politik in Schwerin auszubauen.

In diesem Gremium sollen die Bürgermeister:innen und Landrät:innen aus ganz MV in einem konstanten Dialog mit der Landesregierung stehen, um sich über die Probleme vor Ort auszutauschen.

Eines der Themen auf der Agenda des Kommunalrates muss dann auch der **stärkere Schutz und die bessere Förderung von Kommunalpolitiker:innen** werden. Immer häufiger erfahren wir aus den Medien von Angriffen auf Kommunalpolitiker:innen; doch gerade diese Personen, die ehrenamtlich tätig sind, bilden das Rückgrat der Demokratie. Deshalb muss die Attraktivität der Kommunalpolitik dringend erhöht werden.

Der Konflikt zwischen Stadt und Land wird selten medial aufgegriffen, bildet aber eine der größten Herausforderungen der Gegenwart. Wir wollen deshalb aktiv werden und ignorieren das Problem nicht einfach, sondern bringen innovative Lösungsvorschläge ein, die wir mit den Menschen vor Ort diskutieren wollen.

Wir sind dran, weil die junge Generation echte Mitsprache verdient!

Einer der zentralen Gründe, warum wir mit der FPA eine eigene Partei gegründet haben, war die **katastrophale Talentförderung in den großen Parteien**. Dabei hat der Name es noch nicht einmal verdient: Wenn junge Menschen in Parteien eintreten, wartet auf sie erst einmal Bürokratie in Form eines Mitgliederantrages, danach folgt das zehrend lange Hocharbeiten von den staubigen Ortsvereinsitzungen bis hin zum/r Parteisoldat:in, um in die engeren Kreise der Macht aufzusteigen.

Darauf haben wir keinen Bock. Bei der Freiparlamentarischen Allianz muss man nicht Mitglied werden, um sich zu engagieren. Los gehts mit einem Onboarding für Neumitglieder und Interessierte und zack bist du dabei! Ab in die Arbeitsgemeinschaften, um am Programm mitzuarbeiten oder in die zahlreichen Teams fürs Marketing oder zur Organisation der FPA. Für den Wandel brauchen wir keine Bürokratieapparate oder einen Altersdurchschnitt von 60+, sondern eine Kombination aus Menschen aller Generationen, die Politik komplett neu und anders denken wollen.

Deshalb lauten unser zentrales Anliegen und unser Herzensthema für Mecklenburg-Vorpommern: Die **Einführung eines Jugendmitwirkungsgesetzes**, das die Ausrichtung der zukünftigen Landesjugendpläne dominiert.

Diskussionen in Schwerin über ein solches Gesetz gab es schon zahlreiche, herausgekommen ist nichts außer heiße Luft. Ein Seniorenmitwirkungsgesetz existiert bereits in einigen Bundesländern, ein Jugendmitwirkungsgesetz jedoch in noch keinem Bundesland. Lasst uns mutig sein und zum Vorreiter-Bundesland in der Kinder- und Jugendbeteiligung werden!

Auch hier beginnen wir wieder bei euch: Im Landtagswahlkampf wollen wir mit euch die Einzelheiten eines Jugendmitwirkungsgesetzes besprechen, um eine klare Agenda mit nach Schwerin zu nehmen. Ein paar Ideen haben wir aus unseren Dialogen mit Kinder- und Jugendparlamenten, den Stadtjugendringen und jungen engagierten Menschen in Vereinen schon mitgenommen: Wir brauchen eine **viel stärkere Förderung von Kinder- und Jugendparlamenten (KJP)** im Land, finanzieller und organisatorischer Art.

Junge Menschen brauchen die Chance, sich zu organisieren – dafür bieten die KJP eine optimale Gelegenheit. In jedem Stadtjugendring muss mindestens eine Halbtagsstelle für die Kinder- und Jugendbetreuung bestehen und die KJPs sollen fest in die Strukturen der Kommunalpolitik integriert werden. Hinzukommend ist auch eine eigene „AG Demokratie“ an Schulen sinnvoll, um junge Menschen schon früh mit den Grundsätzen der Demokratie vertraut zu machen.

Einen weiteren Anker bildet die **Gründung eines Landeskinder- und Jugendparlaments** in Mecklenburg-Vorpommern. Dieses Gremium soll als Beirat des Landtages in den Ausschüssen und Plenum die Landespolitik aktiv mitgestalten und die Stimme der jungen Generation zum Ausdruck bringen.

Die Einsetzung kann entweder per landesweiter Wahl oder per Entsendung einiger Vertreter:innen aus jedem Kreiskinder- und Jugendparlament geschehen. Damit einhergehend ist auch die **Einrichtung eines Kinder- und Jugendbeauftragten der Landesregierung** als organisatorischer Rahmen des Landes-KJP.

Zur Unterstützung sind natürlich noch weitere Schritte notwendig: Die **Einrichtung eines Jugendfonds** soll unsere jungen Menschen im Bundesland halten und neue herholen, da auf diesem Weg Jugendprojekte viel stärker gefördert werden und ein Teil des Landeshaushalts hierfür eingeplant wird. Bei diesen Prozessen dürfen die anfallenden Kosten jedoch nicht einfach auf die Kommunen übertragen werden, da diese häufig finanzschwach und somit nicht handlungsfähig wären.

Die junge Generation ist nicht politik-, sondern parteiverdrossen. In ihr steckt so viel Kraft, sie bringt neue Ideen und neue Verhaltensweisen in die Politik ein. Nur so kann eine wirkliche Erneuerung vorgebracht werden, wir wollen kein ewiges Weiter-so mehr.

Wir sind dran, weil es Zeit für eine dunkelgrüne Politik statt nur Symbolen und Gesten ist!

Die Energie der jungen Generation spüren wir vor allem bei der Klimafrage. Die Eindämmung des menschengemachten Klimawandels ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit, hier reicht seit Langem keine Symbolpolitik mehr aus!

Viele Lösungsansätze können gar nicht erst zustande kommen, weil wir uns in endlosen Debatten zu „Klima vs. Wirtschaft“ verlieren. Dabei sind das doch keine Feinde, wir machen sie nur dazu. Innovative Lösungen können nur entstehen, wenn wir die Klimapolitik zu einem Dreieck ausbauen: Ökologie – Wirtschaft – soziale Gerechtigkeit. Wie das funktionieren kann:

Dunkelgrüne Klimapolitik

Der Klimaschutz muss immer mit Bürgerbeteiligung kombiniert werden: Wenn die Menschen nicht an solch weitgreifenden Maßnahmen beteiligt werden, verhärten sich nur die Fronten. Nur mit einem ausführlichen und themenbezogenen Dialog kann für die anstehenden und notwendigen Prozesse eine genaue Justierung dieser Schritte geschehen, zudem steigert diese Entwicklung die gesellschaftliche Verständlichkeit und Akzeptanz der zukünftigen Entscheidungen.

Wie das konkret aussehen kann, zeigt der **Bürger:innenrat aus 100 ausgelosten Personen**, die repräsentativ für die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns sind und für deren Einsetzung wir uns stark machen. Die Ziele hierbei: Die **Erarbeitung einer Umweltagenda**, um angemessene Reaktionen und Maßnahmen auf den von Menschen verursachten Klimawandel zu finden. Hierbei orientieren wir uns an bisher erfolgreich durchgeführten Pilotprojekten von Bürger:innenräten.

Die **Beschlüsse des Bürger:innenrates** werden **direkt vom Landtag Mecklenburg-Vorpommerns oder per Referendum** (jedoch nicht einfach nur mit ja/nein, sondern mit einem ausführlichen Fragebogen) **abgestimmt**. Dafür erhält der Bürgerrat einen Platz in der Landesverfassung, denn er soll eine dauerhafte Institution zur Krisenlösung werden.

Nicht nur die Bürger:innen sollen sich aktiv an diesem Wandel beteiligen, auch die Abgeordneten sind gefordert: Am Klarsten kann nachhaltiger Umweltschutz über den Landeshaushalt initiiert werden, deshalb setzen wir uns für die „**Grüne Null**“ statt „**Schwarze Null**“ als Konzept für die Zusammenstellung des Landeshaushalts ein: Jede Maßnahme, welche im Landeshaushalt wiederzufinden ist, muss vor der Beschlussfassung auf seine ökologische Substanz getestet werden.

Hierzu ist die Entwicklung eines Skala-Systems notwendig - würde zum Beispiel durch ein Projekt eine zusätzliche Umweltverschmutzung entstehen (und somit im Skala-System als gefährlich eingestuft werden), greift eine Sperrklausel und der Entwurf kann nicht zur Abstimmung gestellt werden.

Dunkelgrüne Wirtschaftspolitik

Für eine 1,5 Grad Politik, die wir anstreben, sind unter anderem die Energie- wie die Mobilitätswende zentral, aber auch die Agrarwende spielt hier wichtige eine Rolle. Die Basis hierfür kennt ihr sicher schon nach den vorherigen Kapiteln Programm: Bürgerbeteiligung!

Darauf gründen wir all unsere Entscheidungen – ein oder zwei Inhalte von uns finden sich sicher auch bei den anderen Parteien wieder, bei uns jedoch steckt ein ganz anderer systematischer Kontext dahinter, der auf Transparenz, Ehrlichkeit und direkte Beteiligung beruht. Hier können die großen Parteien mit ihren Bürokratieapparaten und hölzernen Kommunikation nicht mithalten.

Nicht wenige Unternehmen blicken den Klimaschutzmaßnahmen skeptisch entgegen, weil sie um den Erfolg ihrer eigenen Arbeit fürchten. Der Grund hierfür liegt paradoxerweise in der inkonsequenten Klimapolitik, denn es reicht nicht, mal eine Maßnahme hier und dann mal wieder eine andere Maßnahme dort zu beschließen, sondern wir brauchen ein **umfangreiches Konzept, das eine klare Zukunftsperspektive eröffnet**.

Einige Unternehmen bieten bereits die Kompensation des von ihnen verursachten Klimaabdrucks an, indem sie beispielsweise Bäume pflanzen: Diese Prozesse sollen ein allgemeiner Vorgang werden, da eine dunkelgrüne Klimapolitik keine Wirtschaftskrise bedeutet, sondern nur eine Ausrichtung nach neuen Maßstäben.

Hierfür müssen wir als **Politiker:innen den Dialog mit der Wirtschaft** suchen und sie nicht verströmen, sondern offen und ehrlich kommunizieren, wie die Lage vor Ort ist. Gefragt ist der mutig-forschende Wirtschaftsgeist, der neue Entwicklungen überhaupt erst möglich macht.

Beginnen wir beim Tourismus, einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in Mecklenburg-Vorpommern. Wir wollen, gemeinsam mit euch, ein **nachhaltiges Konzept für den Tourismus der Zukunft** entwickeln, um diese Branche nach der Coronapandemie wieder aufzubauen.

Tragende Säulen sollen hierbei der Ausbau des Bahnsystems („**Mit der Bahn statt mit dem Auto zum Ostsee-Urlaub**“) und die Förderung von Angeboten wie Car-Sharing sein. Außerdem müssen Hotels und Unterkünfte, die sich auf eine regionale Küche stützen, eine Sonderförderung vom Land erhalten.

Der Tourismus als wichtiger Wirtschaftszweig muss erhalten bleiben, aber zeitgleich viel ökologischer strukturiert werden. Deren konkrete Ausgestaltung soll ebenfalls durch den Bürger:innenrat vorangebracht werden, sodass die Menschen eine direkte Mitsprache über den politischen und wirtschaftlichen Wandel in ihrem Bundesland erhalten.

Erneuerbare Energien bilden ressourcentechnisch den einzigen Ausweg aus der Klimakatastrophe. Kombiniert werden können die hierzugehörigen Impulse auch mit **neuen Modellen in der Landwirtschaft**: Wir setzen uns für die Förderung moderner Techniken in der Tier- und Pflanzenproduktion, unabhängig von der Betriebsgröße, ein. Zudem ist ein Vorkaufrecht für Landwirt:innen bei für die Pflanzenproduktion relevantem Boden notwendig, um auch die Vielfältigkeit unserer Produkte zu gewährleisten und auch zeitgleich in die Landwirtschaft mit all ihren Fassetten zu investieren. Die Versiegelung von Bodenflächen durch die Ausweisung als Bauland soll so verhindert werden. Außerdem muss viel großflächiger in neuartige Technologien investiert werden. Langfristig müssen wir zu einer Fusion aus Ökologischer und Konventioneller Landwirtschaft kommen um innovatives Wachstum zu generieren und die Umwelt zu schützen. Dies bedeutet weiterhin dass wir eng mit Landwirt:innen zusammen arbeiten wollen um entsprechende Konzepte auszuarbeiten, damit Mecklenburg-Vorpommern ein Vorreiter für Hochtechnologieserte und damit Umweltfreundliche Landwirtschaft werden kann. Hierzu gehört unserer Meinung nach auch der Einsatz von Genpflanzen umso den Gebrauch von Pflanzenschutzmitteln und Düngern zu reduzieren. Es sei aber ausdrücklich gesagt, dass wir hier Startups unterstützen wollen um eine Monopolisierung von Saatgut zu vermeiden um so einen ausgeglichenen Wettbewerb zu erhalten. Landwirt:innen sollen sich durch dieses Modell frei für ihren Favoriten entscheiden können und nicht gezwungen sein ein bestimmtes Produkt zu kaufen, wie es in den USA teilweise der Fall ist. Wichtig ist uns auch das die Lebensmittelketten nicht unterbrochen werden. Die landwirtschaftliche Produktion muss trotz Reglementierung im Vergleich zur klimafreundlichen Produktion konkurrenzfähig bleiben. Gerade in diesem Punkt wird deutlich wie groß in jedem einzelnen Aspekt gedacht und geplant werden muss. Konzepte müssen gemeinsam mit Landwirt:innen entwickelt werden denn bei ihnen liegt die Expertise. Der Klimaschutz und der Erhalt unserer Flora und Fauna sollte aber bei allen Überlegungen immer im Vordergrund stehen. Um Langfristige Lösungen zu finden, muss auch kurzfristig mehr in die bereits bestehende Ökologische Landwirtschaft investiert werden. Die Förderung von Betrieben nach Hektarzahl muss grundsätzlich überdacht werden. Da so vor allem die großen Betriebe profitieren und die kleineren meist auf der Strecke bleiben, diese Entwicklung ist für die Entfaltung des freien Marktes nicht förderlich und führt langfristig zur Monopolisierung. Um die Flora und Fauna zu erhalten und zu schützen, müssen auch alte Ökosysteme wieder aufgebaut werden. Beispielsweise ist eine Wiedervernässung der Moore wichtig. Moore sind ein wichtiger Lebensraum für Tiere und Pflanzen und vor allem binden Moore CO₂. Deshalb muss die Vernässung weiter vorangebracht und gefördert werden. Da dies zusätzlich die landwirtschaftliche Produktion nicht einschränkt. Dieses Vorhaben steht beispielhaft für die Rückkehr zu Natur näherem Landbau. Auch im Forstbau muss dieses Umdenken stattfinden. Die Wirtschaftlichkeit darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, weshalb langfristig ein Kompromiss gefunden werden muss. Dieser Kompromiss heißt Hochtechnologieserte und dadurch Ökologische Landwirtschaft.

Als Wirtschaftselement besitzen auch **Start-ups** und Unternehmensneugründungen für uns einen hohen Stellenwert, in diesen Anfangsstufen ihrer Arbeit sollen sie zukünftig eine **Öko-Zulage** erhalten, wenn sie ihre eigenen Abläufe schadstofffrei organisieren können.

Deutlich wird, dass die ökologische Betrachtungsweise in jeden Bereich übertragen werden kann. Das trifft auch auf den Wohnungsbau zu, der gerade in Städten viel umweltfreundlicher gestaltet werden kann. **Gentrifizierung** ist indes auch **ohne Verdrängung** möglich:

Für diesen Beweis wollen wir ein **Förderrat gründen**, der Stadterneuerungsprojekte unterstützt und darüber hinaus bei strukturschwachen Landstädten eine Entwicklungszulage bereitstellt, da sich diese Regionen wegen der wenigen finanziellen Mittel häufig nicht selbst erneuern können, hier sind Landes- und Bundesmittel ebenfalls notwendig.

Das zweite große Projekt neben der BGE-Modellregion, bei dem wir besonders an den Mut der Menschen appellieren, ist die **Reformierung der MV Werften**. Sie bilden mit ihren Standorten in Rostock, Wismar und Stralsund einen wichtigen Wirtschaftsfaktor und stecken in einer existenzbedrohenden Krise.

Bereits seit der Wende sind die MV Werften ein Sorgenkind, nun stehen sie sinnbildlich für eine traditionelle Industrie, die sich erneuern muss, aber noch keinen genauen Zukunftsplan besitzt. Das wollen wir ändern. An dieser Stelle verweisen wir ebenfalls auf ein Positionspapier welches am 16.08.2021 veröffentlicht werden soll

Wir werden den **Dialog suchen** und neue Modelle **mit den Arbeiter:innen vor Ort** besprechen, sodass wir innovative Lösungsansätze finden können. Die Umstellung der MV Werften auf **Kreuzfahrtschiffe mit Wasserstoffantrieb** bilden eine attraktive Option für die Zukunft, dieses Gedankenspiel wollen wir mit dem Bürger:innen vertiefen.

Nur über solche Mut-Projekte wie der BGE-Modellregion und den MV-Werften kann Fortschritt entstehen und Hoffnung auf die Zukunft geweckt werden. Wir dürfen uns nicht im Trott des politischen Alltags verlieren und den Status quo beibehalten, dafür ist uns Mecklenburg-Vorpommern zu wichtig.

Darum die FPA!

Schwere Zeiten erfordern Mut. Jeder Wandel zeichnet sich dadurch aus, dass er von einer politischen Kraft vorangetrieben wird. Wir als Freiparlamentarische Allianz (FPA) **sind bereit, diese Verantwortung anzunehmen** und den Anstoß für eine neue Politik zu geben.

Gemeinsam mit euch wollen wir Zukunftsperspektiven entwickeln, die Hoffnung, Freude und Euphorie verbreiten. Einfache Antworten sind meist nicht wahr und komplexe Antworten sind häufig unbequem – **dieser Herausforderung müssen wir uns stellen**, denn wir können keine Zukunft abgekoppelt von der Vergangenheit gestalten.

Die Zeit ist reif für einen solchen Schritt. Wir bitten daher um euer Vertrauen, um uns beweisen zu können und um eure neuen Gedanken ab dem **26. September 2021** in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns einzubringen, sodass aus Ideen Gesetze und aus der Theorie echter Wandel werden. **Wir sind dran!**